

Grün gegen Grün in Kleingarten-Debatte

Baubehörde hält nicht viel von Wochenendhäusern in Parzellegebieten

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Das gibt es nicht alle Tage: Die Grünen-Bürgerschaftsfraktion unternimmt einen politischen Vorstoß, und das grün-geführte Bauressort des Senats winkt ab. So geschieht es gerade mit der Forderung, ausgewählte Kleingartengebiete in sogenannte Wochenendhausgebiete umzuwandeln. Der Senat hat das Thema am Dienstag auf dem Tisch.

Die Idee selbst ist nicht wirklich neu. Schon vor mehreren Jahren hatten Kleingartenvereine wie „Min Land“ (Walle), „Auf den Ruten“ (Woltmershausen) und „Waller Feldmark“ bei der Baubehörde vorgeführt, ob eine Umwidmung ihrer Flächen in Wochenendhausgebiete infrage komme. Dieser Status würde andere Nutzungsoptionen eröffnen, vor allem die Möglichkeit, dort zeitweise zu übernachten. Manche Kleingartenpächter machen das zwar auch so schon gelegentlich. Dem Geist und Buchstaben des Gesetzes entspricht das aber nicht.

Anders als in Kleingärten würde in Wochenendhausgebieten auch nicht die Regel gelten, die Parzellen zumindest teilweise landwirt-

„Wochenendhäuser dienen Großstädtern als Ort der Naherholung.“

Grünen-Fraktionschefin Maike Schaefer

schaftlich zu nutzen. Für Maike Schaefer, die Vorsitzende der Grünen-Bürgerschaftsfraktion, ist es an der Zeit, hierfür die baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. „Wochenendhäuser dienen Großstädtern als Ort der Freizeit und der Naherholung“, argumentiert sie. Sofern es bei einer Beschränkung der Wohnfläche auf 24 Quadratmeter bleibt, bestehe auch nicht die Gefahr, dass sich in Wochenendhausgebieten schlechend eine dauerhafte Wohnnutzung etabliert.

Schaefer hat ihre Initiative in Form einer parlamentarischen Anfrage an den Senat herangetragen. Darin erkundigt sie sich unter anderem nach rechtlichen Voraussetzungen und nach Parzellegebieten, die aus Sicht des Senats für eine Umwandlung geeignet wären. Doch die Antwort der Landesregierung fällt sehr zurückhaltend aus. Zwar könnten Wochenendhäuser in schwach ausgelasteten Kleingartengebieten „zu einer Belebung der Anlagen insgesamt beitragen“, heißt es in einer Vorlage für die Senatsitzung am Dienstag. Doch dann folgen grundsätzliche Vorbehalte. In Bremen sei die Natur „stadtnah erlebbar“, die Entwicklung von Wochenendhausgebieten zu Erholungszwecken deshalb eigentlich nicht erforderlich. „Vielmehr besteht durch die Gefahr der Bildung von Splittersiedlungen



Sollte es möglich sein, Kleingarten- in Wochenendhausgebiete umzuwandeln? Die Idee findet ein zwiespältiges Echo.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

das Risiko eines verstärkten Landschaftsverbrauchs im Außenbereich“, mahnen die Fachleute der Behörde. Ihr Hauptargument ist allerdings: Wir haben gerade Wichtiges zu tun, als Sondergebiete in Kleingärten auszuweisen. „Derzeit liegt der Schwerpunkt der planerischen Aktivitäten deutlich im Wohnungsbau sowie in der Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für Kitas sowie für gewerbliche Entwicklungen“, lässt das Ressort von Senator Joachim Lohse (Grüne) seine Parteifreundin wissen. Das ist ziemlich unverblümt, und so ist es bei Maike Schaefer auch angekommen. Sie habe Staatsrat Ronny Meyer – Lohses Stellvertreter – bereits gesagt, „dass ich die Antwort des Senats nicht so toll finde“, so Schaefer gegenüber dem WESER-KURIER. Innerhalb der Kleingärtner-Gemeinschaft ist das Thema durchaus umstritten. Peter

Stolz, Mitglied bei „Min Land“ und Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Kaisenhäuser-Bewohner, sieht den Senat schon lange in Verzug. „Es gab vor Jahren eine politische Zusage, bis zu drei Pilotgebiete für Wochenendhäuser zuzulassen“, erinnert sich Stolz und stellt klar: „Unser Interesse ist nach wie vor da.“ Wenn der Senat jetzt geltend mache, die Ausweisung von Wochenendhausgebieten verursache einen großen Planungsaufwand und zusätzliche Infrastruktur in den betroffenen Parzellegebieten, dann seien das „vorgeschobene Bedenken“. Auch Uwe Herrmann vom Woltmershäuser Kleingartenverein „Auf den Ruten“ würde das Thema gern wieder aufleben lassen. Bei einer Umfrage unter den Mitgliedern hätten sich bereits im Jahr 2009 100 Prozent für eine Umwandlung der Anlage ausgesprochen.

Beim Landesverband der Gartenfreunde, der rund 17 000 Parzellisten organisiert, begrüßt man dagegen die Haltung der Baubehörde. Die Stadt profitiere insgesamt von vitalen Kleingartengebieten. „Und es ist ja auch nicht so, dass eine Umwandlung zu Wochenendhausgebieten nur zu mehr Freiheiten für die Nutzer führen würde“, gibt Geschäftsführerin Birgit Drechsler zu bedenken. Die Grünen vergäßen beispielsweise, dass der niedrige Pachtzins von 16 Cent pro Quadratmeter und Jahr nur für Kleingartenland, nicht aber für mögliche Wochenendhausgebiete festgeschrieben sei. Drechsler: „Wir vertreten 89 Anlagen in Bremen. Ich würde mal sagen: Für 88 davon macht eine Umwandlung wirklich keinen Sinn.“ Über die Initiative der Grünen fällt sie deshalb ein vernichtendes Urteil: „Das ist Unfug.“

GEW: Bremer Modell gefährdet

Gewerkschaft gegen Sonderklassen für Flüchtlinge

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Dauerhaft abgetrennt vom normalen Schulbetrieb lernen, das sollen Flüchtlings- und Zuwandererkinder in Bremen nicht. Im kleinsten Bundesland wurde deshalb bislang auf Sonderklassen für Neuankömmlinge in seinen allgemeinbildenden Schulen bewusst verzichtet. Das ist in anderen Bundesländern zum Teil anders. Auch in Bremen lernen Kinder ohne Sprachkenntnisse zu nächst gemeinsam in einer Sprachklasse (Vorkurs), sie sollen dabei aber von Anfang an einer normalen Klasse zugeordnet werden, die sie stundenweise besuchen können. Dadurch sollen sie rasch in Kontakt mit deutschsprachigen Kindern kommen. Doch dieses sogenannte teilintegrierte Modell, auf das man im kleinsten Bundesland stets stolz war, sieht die Bildungsgewerkschaft GEW nun gefährdet.

Zuletzt kursierte laut GEW an Bremer Schulen eine Reihe von Gerüchten. Die Gewerkschaft befürchtet eine Abkehr vom bisherigen Modell. Grund dafür sollen laut GEW-Sprecher Christian Gloede Äußerungen von Mitarbeitern der Bildungsbehörde bei Schulleiterdienstbesprechungen sein. Nachdem dort Schulleiter von Schwierigkeiten bei der Aufnahme neuer Schüler berichtet hatten, zum Beispiel von Personal- und Raumangel, hätten Behördenvertreter gesagt, wenn es nicht anders gehe, werde das bisherige Modell künftig eben möglicherweise nicht mehr verbindlich überall umgesetzt, schildert Gloede.

Deshalb wandte sich die GEW zuletzt in einem offenen Brief an Bildungsministerin Claudia Bogedan (SPD). „Das teilintegrierte Modell [...] ist ein Erfolgsmodell, das allerdings mit deutlich mehr Ressourcen ausgestattet werden muss“, heißt es darin. Eine Abkehr von diesem Modell würde zu „struktureller Benachteiligung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen“ führen, so die Befürchtung der Autoren. „Kinder und Jugendliche lernen

am besten im Kontakt mit Gleichaltrigen Deutsch“, betont auch Barbara Schüll, die als Lehrerin Vorkurse in Gröpelingen unterrichtet und GEW-Mitglied ist.

Die GEW sieht Defizite im bisherigen Modell: Es könne oft nicht richtig umgesetzt werden, weil es unterfinanziert sei. Die Gewerkschaft fordert deshalb mehr Lehrer, aber auch mehr Sozial- und Sonderpädagogen. „Außerdem sollte der Sprachunterricht länger stattfinden, zum Beispiel parallel zum Unterricht in den normalen Klassen“, sagt Gloede. In der Grundschule soll der anfängliche Sprachkurs in der Regel ein halbes Jahr dauern, in der Oberschule meist ein Jahr. „Das ist für viele Kinder einfach zu kurz.“

Die Bildungsbehörde tritt den Gerüchten entgegen und bekennt sich auf Nachfrage des WESER-KURIER zum bisherigen Modell: „Grundsätzlich fahren wir das teilintegrierte Modell. Es sind dabei keine Änderungen geplant“, stellt Behördensprecherin Vivien Barlen klar. „Wir sagen Schulleitungen immer wieder, dass sie die Vorkurse an Regelklassen andocken müssen – ausgenommen sind Alphabetisierungskurse, die Hausbesuchung in der Erstaufnahme-

einrichtung Lindenstraße sowie die abschlussorientierten Klassen.“ Zudem arbeite die Behörde an Verbesserungen bei den Ressourcen. Ab dem neuen Schuljahr bekämen alle Vorkurse der Sekundarstufe I fünf Stunden zusätzlich, so Barlen: Sie sollen 25 statt 20 Stunden erhalten. Mehr Stunden bedeuten, dass Schulen mehr Geld für zusätzliche Lehrkräfte bekommen.

An allgemeinbildenden Schulen sollen Flüchtlingskinder parallel zum anfänglichen Vollzeit-Sprachkurs bereits stundenweise am Unterricht ihrer künftigen Regelklasse teilnehmen – meist in Fächern wie Kunst, Sport oder Englisch. Nur an Berufsschulen gibt es für ältere Schüler gesonderte Klassen, in denen neue die Jugendlichen aus verschiedenen Ländern mehrere Jahre unter sich bleiben.



Christian Gloede

FOTO: KOCH

Ein Kämpfer bis zuletzt

NS-Justizopfer Ludwig Baumann ist mit 96 Jahren gestorben

VON SEBASTIAN KRÜGER

Bremen. Der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann ist am Donnerstag in seiner Wahlheimat Bremen gestorben. In den vergangenen Jahren galt er als der letzte überlebende Deserteur aus Hitlers Wehrmacht. Baumann gründete 1990 die Bundesvereinigung „Opfer der NS-Militärjustiz“. Er hat sich Zeit seines Lebens dafür eingesetzt, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht zu rehabilitieren. Etwa 30 000 Soldaten hatten sich in der NS-Zeit dem Kriegsdienst entzogen. 20 000 von ihnen wurden hingerichtet.

„Sein Einsatz für Frieden und Menschlichkeit verdient große Anerkennung“, sagt Bürgermeister Carsten Sieling. Baumann habe über Jahrzehnte unermüdlich seine Stimme gegen Unrecht und Leid erhoben. „Sein Lebenswerk ist bewundernswert.“ Der Senat werde Baumanns Verdienst und sein Wirken ehren.

„Der hochbetagte Vorsitzende ist seit 1990 Herz, Motor und Stimme der Opfervereinigung gewesen“, sagt Günter Knebel aus dem Vorstand. Baumanns Engagement habe zur gesellschaftlichen Anerkennung und gesetzlichen Rehabilitation der NS-Justizopfer geführt. „Ludwig Baumann wird uns und geschichtsbewussten, kritischen Teilen der deutschen Gesellschaft in lebendiger Erinnerung bleiben.“

Baumann wurde am 13. Dezember 1921 in Hamburg geboren und 1941 zur Kriegsmarine einberufen. Kurz darauf folgte die Versetzung nach Bordeaux. Gemeinsam mit seinem Freund Kurt Oldenburg entschloss er sich, kein Teil des Angriffskrieges zu sein, und desertierte. 1942 wurde er wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Monatlang lebte er mit der Angst, jederzeit hingerichtet zu werden. Erst später erfuhr er, dass das Urteil zu zwölf Jahren Zuchthaus umgewandelt wurde. Er war im KZ Esterwegen inhaftiert und kam später ins Wehrmachtsgefängnis Torgau. Dort

musste er die Hinrichtung anderer Deserteure mit ansehen. Als Zwangsmittglied der Strafddivision 500 wurde er an der Ostfront in besonders gefährlichen Abschnitten eingesetzt. Kurt Oldenburg kehrte davon nicht zurück.

Allen Umständen zum Trotz überlebte Baumann den Krieg. Er hatte gehofft, dass ihm sein Widerstand in der Heimat gebührend angerechnet wird. Stattdessen erfuhr er als Deserteur Ablehnung und Ausgrenzung. Erst die aufkommende Friedensbewegung ermutigte ihn, gegen das Unrecht der nationalsozialistischen Rechtsprechung öffentlich anzugehen. Seine Arbeit trug Früchte: Das NS-Unrechtsaufhebungsgesetz von 1998 rehabilitierte Kriegsdienstverweigerer und sogenannte Wehrkraftzersetzer. Eine Ergänzung im Jahr 2002 erweiterte das Gesetz auf homosexuelle NS-Opfer und die Deserteure der Wehrmacht. Seit 2009 sind auch diejenigen inbegriffen, die von Nazi-Gerichten als Kriegsverräter gebrandmarkt wurden. 1986 hat die Gruppe „Reservisten verweigern sich“ im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack unter seiner Beteiligung das Denkmal „Dem unbekanntem Deserteur“ aufgestellt. Es war das

erste seiner Art in Deutschland. Baumann hat viele Auszeichnungen für seinen unermüdlichen Einsatz erhalten, darunter den Franco-Paselli-Friedenspreis der Internationalen Friedensschule Bremen. 2011 überreichte ihm der damalige Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) den „Bremer Schlüssel“. Das Bundesverdienstkreuz lehnte Baumann ab mit der Begründung, er wolle keinen Orden haben, den auch ehemalige Nazis bekommen hätten.

„Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“, hatte Hitler gesagt. Baumann zitierte diesen Spruch, als er 2002 ein Denkmal zur Erinnerung an die Ermordeten der NS-Justiz in Berlin einweihte. Er starb mit 96 Jahren. Nach Hitlers Forderung wäre er nur 20 Jahre alt geworden.



Ludwig Baumann

FOTO: BOCKWOLDT/DPA



SONNABEND, 7. JULI

Eltern-Kind-Sport

9.30 Uhr Eltern-Kind-Sport für Kinder von zehn Monaten bis drei Jahren beim TV Eiche Horn (Berckstr. 87).

Vater-Kind-Sport

10.45 Uhr Vater-Kind-Sport zehn Monate bis drei Jahre beim TV Eiche Horn (Berckstr. 87).

Gymnastik

12 Uhr Rhythmische Sportgymnastik für Anfängerinnen ab neun Jahren beim TV Eiche Horn (Berckstraße 87).

Jeder Zweite war zu schnell

Polizei kontrolliert am Brill

VON SABINE DOLL

Bremen. Eine Woche nach dem tödlichen Unfall auf der Bürgermeister-Smidt-Straße hat die Polizei am Donnerstagabend den Verkehr an der Brücke kontrolliert. Das Ergebnis: Von mehr als 50 kontrollierten Fahrzeugen waren 29 mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs. Es gab auch einen Rekord: Mit 93 Stundenkilometern war der Fahrer fast doppelt so schnell unterwegs wie erlaubt. Auf die Fahrer kommen jetzt Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten zu. Je nach Geschwindigkeit müssen sie damit rechnen, den Führerschein für eine Zeit abzugeben. Diese Befürchtung muss ein Autofahrer, der von den Polizeibeamten aus dem Verkehr gezogen wurde, nicht haben: Er saß ohne Fahrerlaubnis hinter dem Steuer. Bei der Kontrolle stellte die Polizei auch in Einzelfällen sogenanntes Poser-Verhalten fest. Dabei handelt es sich um speziell umgebaute Fahrzeuge, die besonders laut und oft auch zu schnell unterwegs sind. Ziel der Poser ist es, Aufmerksamkeit zu erregen.

Bereits zu Beginn der Woche hatte die Polizei mehrere Kontrollstellen unter anderem in Vegesack, Walle, Schwachhausen und der Vahr eingerichtet. Auch dort habe es Verstöße wegen zu hoher Geschwindigkeit, Handy am Steuer und gegen die Gurtpflicht gegeben. In den kommenden Wochen soll es weitere Kontrollen geben, kündigt die Polizei an.

Wie der WESER-KURIER berichtete, lässt Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) nach dem Unfall mit zwei Toten am Brill jetzt Tempo 30 für die Bürgermeister-Smidt-Straße prüfen. Kritiker warnen, dass dies die Situation auf der Straße und an der Brill-Kreuzung nicht entschärfen würde. Lange Rückstaus seien zudem die Folge. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (Bund) sieht in Tempo 30 dagegen eine große Chance, die Verkehrssicherheit zu erhöhen: „Der Anhalteweg eines Pkw halbiert sich von 28 Metern bei Tempo 50 auf etwa 14 Meter bei Tempo 30“, sagt Bund-Verkehrssprecher Georg Wietschorke. Außerdem würden der Verkehrslärm und der Ausstoß von Schadstoffen verringert. Der Bund schlägt Tempo 30 zudem auf der Martinistraße, der Stresemannstraße sowie dem Heerstraßenzug im Westen nach Walle bis Gröpelingen vor.

PKW-BRAND

Zwei Autos völlig zerstört

Bremen. Ein Feuer hat in der Nacht zum Freitag zwei Autos an der Lahnsstraße in der Bremer Neustadt zerstört. Wie die Polizei berichtet, hatte eine Anwohnerin gegen 1.30 Uhr binnen kurzer Zeit zwei Knalle gehört. Als sie aus ihrem Fenster schaute, sah sie, dass zwei nebeneinander stehende Autos brannten und alarmierte die Polizei. Zeugenhinweise an die Polizei unter Telefon 0421/362 3888. SEI

DREH IM DRUCKHAUS

Film über früheren Chefredakteur

Bremen. Der Beitrag über den ehemaligen Chefredakteur der Bremer Nachrichten, Georg Kunoth, ist jetzt auf den Internetseiten von Radio Bremen und des WESER-KURIER zu finden. Für die „buten-un-binnen“-Serie „Vergessene Bremer“ ist Dirk Bölling in die Rolle des Redakteurs geschlüpft und hat unter anderem im Druckhaus der Bremer Tageszeitungen in Woltmershausen gedreht (wir berichteten). Kunoth war 28 Jahre für die Geschehnisse der Bremer Nachrichten verantwortlich. Daneben erlangte er Berühmtheit als Komponist. Aus seiner Feder stammt das Lied „Ein Prosit der Gemütlichkeit“, das noch heute auf dem Oktoberfest gespielt wird. AMD

Das Video „Vergessene Bremer“ finden Sie unter www.weser-kurier.de/web261